

Den Krieg auch geistig beenden: Deutsche - besiegt auf ewig?

»Was für ein gespaltenes, geschichtsloses, von heute auf morgen dahinvegetierendes, finanziell reiches, geistig immer ärmer werdendes Volk der Gekrümmten!« Rudi Dutschke 1977 in einer Rede am Grab von Ernst Bloch über die Deutschen

»Der Krieg ist zu Ende«, hieß es auf dem sowjetischen Flugblatt »An die deutsche Bevölkerung!«, das im Sommer 1945 auf Deutschlands Mauern, sofern sie noch standen, geklebt wurde. Im Grunde, wie andere Behauptungen der Alliierten auch, eine Augenwischerei, denn tatsächlich ging der Krieg gegen Deutschland nach Eintritt des Waffenstillstandes am 8. Mai 1945, wenn auch mit anderen Mitteln, unvermindert weiter bis heute.

Vor 350 Jahren ist man in Europa geistig weiter gewesen. Im Westfälischen Frieden von 1648 zeigte man sich versöhnungsentschlossen: »Alle sowohl vor dem Kriege als auch in dem Kriege, mit Worten, Schriften oder Taten zugefügten Beleidigungen, Gewalttaten, Feindseligkeiten, Schäden und Unkosten ohne alles Ansehen der Personen oder Sachen sollen dergestalt gänzlich abgetan sein, daß alles, was deshalb der eine vom anderen fordern könnte, in immerwährender Vergessenheit begraben sein soll.«

Im Gegensatz dazu endete 1945 lediglich der offene Kampf mit militärischen Waffen. Die »stillen Waffen« - Propagandalügen, Maßnahmen zur Entmündigung und Umerziehung, Installierung neuer politischer Machtstrukturen, Presselizensierung und anderes mehr - kamen nun erst richtig zum Einsatz. Es galt, die Deutschen sich untertan, sich gefügig zu machen, und das möglichst auf Dauer. So wurde zunächst das Schlagwort von der »Kollektivschuld der Deutschen« erfunden. Dieser Kniff hat sich für die Siegermächte und ihre Kollaborateure in jeder Hinsicht ausgezahlt - psychologisch, politisch und vor allem materiell.

In diesem Sinn war der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Westdeutschland, General Dwight D. Eisenhower, weitblickend gewesen, als er bekannte: »Den Deutschen darf nicht gestattet werden, sich von einem persönlichen Schuldgefühl zu befreien.« Was kümmert es schon den Sieger, daß in Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung festgelegt ist: »Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlung einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.«

Die Kollektivschuldkeule wird seit »Kriegsende« wirkungsvoll eingesetzt, vor allem dann, wenn es um finanzielle Forderungen geht. Der wissenschaftlichen Ethik, der Moralthologie und dem rechtsstaatlichen Denken ist die Annahme einer »Kollektivschuld« fremd. Strafe setzt Schuld voraus. Schon aus biologischen Gründen kann die Mehrheit der Deutschen heute nicht schuldig, geschweige denn kollektivschuldig sein, da sie an Handlungen während des Zweiten Weltkrieges überhaupt nicht teilgenommen hat. Tatsächlich existiert eine »Kollektivschuld« im Gegensatz zur historischen Verantwortung überhaupt nicht. Georg Wildmann, Professor für Philosophie und Religion in Linz, meint:

»Die Anerkennung einer Kollektivschuld würde die totale Solidarität des Individuums mit seiner Gruppe bedeuten, die es meines Erachtens, sozialpolitisch gesehen, nicht gibt und von deren Annahme auch die abendländische Rechtstradition im zweiten nachchristlichen Jahrtausend abgegangen ist. Ich würde also grundsätzlich differenzieren und sagen: Es kann in ethnischen Gruppen, deren Führungen Schuld auf sich laden, Individuen geben, die schuldhaft kooperieren, und wieder andere geben, die sich schuldhaft passiv verhalten, sei es aus geistiger Trägheit, sei es aus Furcht, selbst Opfer von Repressalien zu werden. Letztere sehen das Unrecht und dulden es. In der

Regel gibt es also nur die Schuldverflochtenheit eines Teiles der Gruppe, nicht aber eine Kollektivschuld.«

Auch Großadmiral Karl Dönitz hat sich als letztes gesamtdeutsches Staatsoberhaupt über dieses Problem Gedanken gemacht: »Die Vorstellung, daß ein Volk insgesamt moralisch schlechter sei als andere Völker, ist unwahr in sich und besonders ungerecht dann, wenn sie von Nationen ausgeht, die während des Krieges wie nach 1945 Dinge getan haben, die ebenfalls gegen Recht und Moral verstießen und deren Opfer Millionen deutscher Menschen geworden sind. Ich halte es daher für falsch, daß einzelne Deutsche für das ganze deutsche Volk immer wieder Selbstbezeichnungen und summarische Schuldbekennnisse öffentlich ablegen. Ein solches Verhalten gewinnt uns keine Achtung bei anderen Nationen. Keine von ihnen tut das hinsichtlich derjenigen unmenschlichen Dinge, die uns angetan wurden.«

Jeder Kausalität und Wissenschaftlichkeit zum Trotz ist die Theorie von der Kollektivschuld im Lauf der vergangenen Jahrzehnte zementiert und um die harmloser klingende Variante der Kollektivverantwortung ergänzt worden - mit dem Ergebnis, daß man in Berlin und in Wien - das wissen wir nicht erst seit den Thesen Norman Finkelsteins - moralisch erpreßbar ist, und das in einem geradezu erschreckenden Ausmaß. Der kanadische Publizist James Bacque hat diesen Effekt schon vor über zehn Jahren beschrieben:

»Das Schuldgefühl durchdringt Deutschland wie eine Religion. Im Schmerz bußbereit, präsentiert sich die Canossa-Republik vor ihren Richtern. Das Schuldgefühl ist so mächtig, daß die Canossa-Republik wiederholt auf die Wiedergewinnung ihrer Ostgebiete verzichtet hat, obwohl es ein wohlbegründetes Prinzip der Vereinten Nationen ist, daß keine Regierung das Recht hat, die Ansprüche von Einzelpersonen auf ihren Besitz abzuschreiben oder die Rückkehr in die Heimat zu verweigern.«

Das sieht der amerikanische Völkerrechtler Alfred M. de Zayas sehr ähnlich. Nach seinen Worten kroch die Bundesregierung (unter Helmut Kohl) unter »internationalem Druck« zu Kreuze und »verzichtete auf den berechtigten Anspruch auf jahrhundertealten Heimatboden«.

Keine geschichtliche Bildung

Von den drei nachkriegsdeutschen Teilstaaten Österreich, BRD und DDR haben die beiden erstgenannten die größten finanziellen Bürden getragen - und tragen sie heute noch. Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt in dem systematisch aufgebauten Schuldgefühl, das sich bis in die gesellschaftlichen Tiefenschichten erstreckt. Unter solchen Umständen bleibt der wirkliche Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg in weiter Ferne. »Die Schuldenskala«, so der ehemalige österreichische Nationalrat Dr. Otto Scrinzi, »bleibt nach oben offen und ermöglicht - bei gleichzeitig erpreßtem Verzicht auf Gegenrechnung - Reparationsforderungen ohne Ende.«

Um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern, bedarf es einer Generalinventur, an deren Abschluß die Unterzeichnung eines Friedensvertrages stehen muß. Ohne umfangreiches historisches Wissen und ohne nationales Bewußtsein ist diese Aufgabe nicht zu leisten. Schon Friedrich Hebbel wußte: »Es gibt nur eine Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann, und dies ist die Verfälschung der Geschichte!«

Diese Verfälschung ist seit Mitte der vierziger Jahre in vollem Gang; sie prägt das gesamte Bildungswesen und die Medienarbeit in Deutschland. Rudolf Mühlfnzl, seinerzeit Chefredakteur

des Bayerischen Fernsehens, bemängelte: »Man kann nicht einzelne Kapitel der deutschen Geschichte in unseren Schulbüchern bündelnd abhandeln und andere, vielleicht sogar wichtigere Teile mit nur wenigen Zeilen. Damit will ich nicht den Erziehern der Nation allein die Schuld zuweisen, aber festzuhalten ist doch, daß in unseren Geschichtsbüchern der Mut und die Wahrhaftigkeit noch keine Selbstverständlichkeit sind.«

Und das ist gelinde ausgedrückt. Es wurde über die Jahrzehnte hinweg versucht, den alliierten Terror gegen die deutsche Zivilbevölkerung, die Vertreibungsverbrechen, die Existenz und Arbeitsleistung deutscher Zwangsarbeiter, die Reparationsschäden und vieles mehr stillschweigend zu übergehen, wenn nicht gar zu leugnen.

Der spätere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) behauptete während einer Parlamentsdebatte am 25. September 1974 allen Ernstes, daß bei der deutschen Jugend kein Bedarf an zusätzlichen Informationen über die jüngste deutsche bzw. europäische Geschichte vorläge: Er sei der Meinung, »daß unsere junge Generation über diesen leidvollen Komplex der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte hinreichend informiert« sei. Doch Gespräche mit Jugendlichen bestätigen immer wieder das Gegenteil: Die meisten jungen Deutschen haben keine Ahnung von ihrer jüngsten Geschichte. Dessen war sich vor über 20 Jahren noch Bundespräsident Walter Scheel bewußt. Anläßlich des Tages der Deutschen Einheit sagte er am 17. Juni 1978: »Manche Untersuchungen darüber haben erschreckende Ergebnisse gebracht: eine weitgehende Unkenntnis. Was geschieht da eigentlich auf unseren Schulen, unseren Universitäten?« Gute Frage, die unverändert aktuell ist.

Der »Verband der Heimkehrer e. V.« ist sich der Manipulation an den bundesdeutschen Geistesschmieden bewußt. Schon 1982 richtete er an die Kultusminister folgenden Aufruf: »Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder wird ersucht, Vorsorge zu treffen, daß im Geschichtsunterricht unserer Schulen der Lehrstoff der letzten 70 bis 80 Jahre dem tatsächlichen, historisch nachweisbaren Geschehensablauf entsprechend gelehrt wird. Unterrichtsmaterial, welches diesem Erfordernis nicht entspricht, darf zum Schulunterricht nicht zugelassen werden.« An sich eine Selbstverständlichkeit. Nicht jedoch in den Bundesrepubliken Deutschland und Österreich, wo sich Unterrichtsmaterial eher nach volkspädagogischen Richtlinien denn nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen richtet und wo der Inhalt des Lehrmaterials von politisch dressierten Schulbuchkommissionen bestimmt wird.

Angesichts der Tatsache, daß beispielsweise der Völkermord vor allem an Volks-, Sudeten- und Ostdeutschen, die völkerrechtswidrige Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung, die Verschleppung von Hunderttausenden Menschen zu Zwangsarbeit und die Tötung von über 2,5 Millionen Kriegsgefangenen in französischen, amerikanischen und sowjetischen Konzentrationslagern in den Medien weitgehend totgeschwiegen werden und in den Bildungseinrichtungen nicht auf dem Lehrplan stehen, ist die Behauptung, daß die deutsche Jugend über die jüngste Vergangenheit ausreichend unterrichtet sei und deshalb kein weiterer Informationsbedarf bestünde, eine geradezu absurde Fehleinschätzung.

Nicht aufgeben

Antworten und (end)gültige Entscheidungen auf völkerrechtliche Fragen nehmen sehr viel Zeit in Anspruch. Und doch werden sie eines Tages getroffen. Es gibt in der jüngeren Geschichte viele Beispiele, die den Erfolg und die Durchsetzung des Völkerrechts belegen: Die Polen beispielsweise,

deren Staat für 125 Jahre von Rußland, Preußen und Österreich besetzt und geteilt gewesen war, hatten ihren Willen auf Eigenstaatlichkeit niemals aufgegeben, bis der polnische Staat 1918 wieder Realität wurde. Gleiches gilt für die baltischen Völker. Jahrzehntlang waren sie in der Sowjetunion eingepfercht, entrechtet und unterdrückt. Trotzdem bezweifelten sie zu keinem Zeitpunkt die Wiederherstellung ihrer Staaten. Auch die Japaner haben gegenüber der Sowjetunion bzw. Rußland ihren berechtigten Anspruch auf die Kurilen nicht aufgegeben - was dazu führte, daß der Staatsbesuch Wladimir Putins in Japan im September 2000 nicht mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgeschlossen werden konnte.

Wir finden dieses freiheitliche Beharrungsvermögen überall auf der Welt. Noch wird Palästinensern, Basken, Tibetanern, Flamen, Iren, Kurden, Buren und vielen anderen Völkern das Recht auf einen eigenen Staat abgesprochen. Das letzte Wort der Geschichte ist es nicht. Die betroffenen Völker müssen allerdings um ihre Rechte kämpfen. Auch den Deutschen bleibt nichts anderes übrig, wenn sie wollen, daß der Zweite Weltkrieg politisch und rechtlich zu einem vernünftigen Ende gebracht wird. Der jetzige Zustand ist unerträglich.

© Nation & Europa 5/2001

<http://nordbruch.org/speeches-essays-publications/den-krieg-auch-geistig-beenden>